Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 2,25 M., ins Haus geliefert 2,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 2,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 10 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 25 Pf., für Auswärtige 40 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 50 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 53. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | **Namslau, Donnerstag, den 8. Mai.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Die Besetzung von München ist durchgeführt.

Vergeltung für Erschießung von Geiseln. — Spartakistenführer standrechtlich erschossen.

Wtb. Stuttgart, 5. Mai. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht aus München vom 4. Mai morgens: Das Gruppenkommando ist im Ringhotel in München untergebracht. Die Nacht verlief ruhig unter geringen nervösen Schießereien in der Stadt und in den Vororten. Die Kämpfe sind im allgemeinen abgeschlossen. Die Besetzung der Stadt ist durchgeführt. In den Vororten zeigt sich noch da und dort Widerstand. Die Durchsuchung nach Waffen ist im Gange. Die Bildung einer Volkswehr wird allmählich eingeleitet. Die Stimmung der Truppen ist gut, ihre Aufnahme bei der befreiten Bevölkerung sehr gut. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten über Plünderungen und Zerstörungen scheinen übertrieben.

Wtb. Augsburg, 4. Mai. Ueber das Schicksal der Münchener Gewaltaber wird den „Augsburger Neuesten Nachr." aus München mitgeteilt: Der frühere kommunistische Stadtkommandant Egelhofer wurde in einem Anwesen der Maximilianstraße am 1. Mai verhaftet. Das Haus wurde umstellt und durchsucht. Man fand Egelhofer in einem Badezimmer, das zur Wohnung einer russischen Aerztin gehörte, hinter der Badewanne versteckt vor. Als Egelhofer sich zur Wehr setzen wollte — er hatte zwei geladene Revolver bei sich — wurde er durch Kolbenhiebe überwältigt. Er wurde nach der Residenz gebracht und später erschossen. Ueber den Aufenthalt bezw. die Festnahme der übrigen Spartakistenführer ist Genaues nicht bekannt. Levien soll entkommen sein. Toller und Männer sind jedoch bestimmt verhaftet. Der Volksbeauftragte für Verkehrswesen wurde in München festgenommen, während der kommunistische Kriegsminister Reichardt auf seiner Flucht in Petershausen verhaftet wurde. Volksbeauftragter Klingelhöfer ist mit seiner Frau in seiner Wohnung verhaftet worden und soll im Maximilianskeller standrechtlich erschossen worden sein. Landauer fiel in Pasing den Regierungstruppen in die Hände und wurde sicherem Vernehmen nach bei seiner Einlieferung ins Gefängnis von der Menge getötet.

Die Ermordung der Geiseln.

Wtb. München, 4. Mai. Die zuerst im Betriebsrat in der Nacht zum Donnerstag im Hofbräuhaus mitgeteilte bestialische Ermordung von Geiseln rief in der Stadt und auswärts Entsetzen hervor. Ueber das scheußliche Verbrechen wird von den „Münchener Neuesten Nachrichten" noch mitgeteilt:

Die Ermordung erfolgte vor Mitternacht im Garten des Luitpold-Gymnasiums. Die Geiseln wurden an die rückwärtige Wand gestellt. Den Befehl zum Feuern gab ein Mann der Roten Armee namens Seidl. Da sich die Soldaten des Leibregiments weigerten zu schießen, wurden auch Russen veranlaßt, die Ermordung auszuführen. Einige der Geiseln wurden durch Kolbenschläge und Bajonettstiche getötet. Unter den Ermordeten befindet sich auch eine Frau. Die Leichen wurden beraubt und derart verstümmelt, daß sie bisher mit Ausnahme von dreien noch nicht erkannt werden konnten. Bei zwei Leichen fehlt die obere Hälfte des Kopfes. Die Leichen wurden in das gerichtlich medizinische Institut gebracht. Bisher konnten unter den getöteten Geiseln festgestellt werden: Studienrat Berger, Eisenbahnsekretär Anton Daumenlang und Fürst Thurn und Taxis (österreichischer Linie).

Von zuständiger Seite wird noch mitgeteilt: Es konnte noch eine weitere Leiche festgestellt werden als die einer Gräfin Westarp. Weiter befanden sich unter den Ermordeten zwei sächsische Soldaten, deren Namen noch nicht festgestellt sind. — Zur Zeit der Ermordung befanden sich Nissen Levine und Dr. Aibien im Keller des Luitpold-Gymnasiums; sie wußten von der Tat. Auch die militärischen Führer der Kommunisten waren davon unterrichtet, doch hat den Befehl zum Feuern Seidl auf eigene Faust gegeben. — Man plant, die noch unbekannten Leichen auszustellen und so ihre Identifizierung herbeizuführen.

Die Leitung der militärischen Operation gegen München.

Wtb. Berlin, 4. Mai. Nachdem die militärischen Operationen gegen München zum Abschluß gekommen sind, wird von zuständiger Seite dazu folgendes mitgeteilt:

Die vom württembergischen Kriegsministerium herausgegebene Meldung, daß die Oberleitung in den Händen des Reichswehrministers Noske liege, war durchaus zutreffend. Die württembergische und die bayerische Regierung hatten dazu ihr Einverständnis gegeben.

Aus Bamberg traf bei der Reichsregierung eine Depesche folgenden Inhalts ein: Der Ministerrat des Volksstaates Bayern wiederholt die schon früher abgegebene Erklärung, daß die Errichtung der bayerischen Volkswehr sich nicht gegen das Reichswehrgesetz gerichtet, sondern unter dem Drucke der damaligen besonderen politischen Lage Bayerns vollzogen hat. Nachdem in naher Zeit durch die Beendigung des von München ausgegangenen Aufstandes die politische Beruhigung Bayerns in Aussicht steht erklärt der Militärminister — und der Ministerrat schließt sich dieser Erklärung einstimmig an —, daß er unmittelbar nach eingetretener Beruhigung dazu schreiten wird, die Reichswehr dem Reichswehrgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen entsprechend aufzustellen. Die schon mehrfach in Aussicht genommenen vorbereitenden Besprechungen mit dem Reichswehrministerium können alsbald erfolgen.

Zum Zweck der Besprechungen der bayerischen Militärangelegenheiten mit dem Reichswehrminister trifft der Militärminister Schneppenhorst mit militärischer Begleitung am Montag nachmittag in Berlin ein.

Aufruf des bayrischen Oberbefehlshabers.

Wtb. München, 4. Mai. Der bayerische Oberbefehlshaber Generalmajor Moehl erläßt folgenden Aufruf:

An die Einwohner Münchens!

Die norddeutschen Truppen sind zur Befreiung der Heimat von der spartakistisch-kommunistischen, von russischen Führern errichteten Gewaltherrschaft herbeigeeilt. Ihnen gebührt der Dank der gesamten anständigen Bevölkerung ohne Unterschied der Partei. Trotzdem ist eine böswillige Hetze gegen die Preußen jetzt im Gange. Ihr ist mit allen Mitteln entgegenzutreten, namentlich auch durch Festnahme solcher Personen, die sich hierbei besonders hervortun. U. a. wird ein Gerücht verbreitet, daß die norddeutsche Reichstruppe unsere Lebensmittel verzehre; das ist ein Unding. Die Truppen führen ihre Verpflegung mit. Sie haben außerdem Tore geöffnet, durch die reichlichere Versorgung als bisher in die Stadt hereingeführt wird. In wenigen Tagen wird die Stadt die Wirkung verspüren. Auch hierfür ist die Einwohnerschaft den norddeutschen Truppen Dank schuldig.

Noskes Dank an die Truppen.

Wtb. Berlin, 4. Mai. Generalleutnant von Oven in München, der die Oberleitung der militärischen Operationen in München hat, erhielt folgendes Telegramm: „Für die umsichtige und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichsten Dank für ihre Leistungen. Der Oberbefehlshaber. gez. Noske, Reichswehrminister."

München in freudiger Bewegung.

TU. München, 5. Mai. Der 4. Mai war in München ein Tag der Siegesfeier. Ganz München war in freudiger Bewegung unterwegs. Die durchmarschierenden Truppen wurden mit Tücherschwenken und Blumen begrüßt und mit Essen und Getränken erfrischt. Selbst aus den bayerischen Alpendörfern sind bewaffnete Bauern in die Hauptstadt gekommen, um bei der Niederwerfung des Terrors mitzuwirken. Auch 800 Deutsch-Oesterreicher haben mitgekämpft. Die Hetzplakate gegen die Preußen wurden sofort abgerissen. Vom Oberkommando wird es bestätigt, daß die verhafteten Kommunistenführer Dr. Landauer und der Kommandant der Roten Armee von den Soldaten umgebracht worden sind, Landauer, weil er auf dem Transport aufreizende Reden zu halten versuchte.

München, 4. Mai. Vom Jubel der Bevölkerung begrüßt, zogen heute weitere Truppen ein. Die Münchener Schutzleute sind seit heute wieder in den alten Uniformen ohne rote Armbinden, aber mit Karabinern in Doppelposten auf den Straßen. Bis jetzt hat es 150 Tote und etwa 900 Verwundete gegeben. An Verhaftungen wurden über 5000 vorgenommen.

*

Der gestrige Sonntag ist für die bayerische Hauptstadt ein Tag der Befreiung und des Jubels gewesen, und mit einem schweren Aufatmen sah sich die Bevölkerung Münchens von der unerträglichen Last kommunistischer Schreckensherrschaft befreit. Aber auch außerhalb Münchens, in ganz Deutschland, verfolgt man mit Spannung und Genugtuung die Vorgänge an der Isar; ganz Deutschland begrüßt mit hoher Befriedigung die Befreiung der bayerischen Hauptstadt und die Wiedereinsetzung Recht und Ordnung. In Budapest liegt die Kommunistenherrschaft in den letzten Zügen, in München ist sie bereits zusammengebrochen, nachdem sie ihr wahnsinniges Tun noch durch die schmachvolle Ermordung der Geiseln gekrönt hat. Hier handelt es sich nicht um Kämpfe, sondern um unschuldige, wahllos herausgegriffene Einwohner. Die Regierung Hoffmann teilt denn auch mit, daß sie fest gesonnen ist, den Grundsatz „Auge um Auge — Zahn um Zahn!" walten zu lassen. Es soll keine Gnade geben für die verbrecherischen Mörder und Volksverführer. Levien scheint in einem Flugzeug entkommen zu sein. Die Wut der Bevölkerung ist so gestiegen, daß die gefangenen Spartakisten streng bewacht werden müssen, um sie vor einer Lynchjustiz zu schützen.

Noch läßt sich nicht übersehen, wer von den Führern der Münchener Schreckensherrschaft bereits in die Hände der Regierung gefallen ist; sie alle wird ein strenges Strafgericht erwarten. Aber darüber hinaus ist von größter Wirksamkeit die Lehre und Erkenntnis, daß, wie in Budapest, so auch in München die Kommunisten und Spartakisten sich als vollkommen unfähig erwiesen haben, irgend ein brauchbares Gesellschaftsgebilde zu schaffen; alle Versuche der Sozialisierung und Kommunisierung, wie sie von den Landauer, Mühsam, Neurat, Kranold usw. ausgedacht waren, sind kläglich gescheitert, und der Versuch, der überwiegenden Mehrheit des Volkes das phantastische Programm dieser „Volksbeglücker" durch eine Gewalt- und Schreckensherrschaft aufzuzwingen, ist in Blut, in Bürgerkrieg, in Straßenkämpfen und Meuchelmord erstickt. Eine heilsame Lehre für alle, die aus Massenverhetzung und Aufruhr das Heil der neuen Zeit erwarten!

Namen der in München ermordeten Geiseln.

München, 5. Mai. Nachdem bereits gestern bestätigt war, daß die Kommunisten tatsächlich die Geiseln erschossen haben, werden jetzt nähere Angaben über die Persönlichkeiten gemacht. Die Ermordeten sind:

1. Walter Neuhaus aus München, 2. Baron von Teuchert aus Regensburg, 3. Kunstmaler Friedrich von Heydlitz aus München, 4. Walter Deicke aus München, 5. Gräfin Helle von Westarp aus München, 6. Eisenbahnsekretär Anton Daumenlang aus München, 7. Kunstmaler Professor Ernst Berger aus München, 8. Prinz Gustav von Thurn und Taxis, 9. und 10. anscheinend zwei Angehörige der preußischen Gardeschützendivision, die bei Dachau gefangen und nach München in das Luitpoldgymnasium gebracht wurden, das seit der Vertreibung der republikanischen Schutzwache der Hauptsitz der Spartakisten geworden war.

Die grauenhaften Kopfzertrümmerungen der Geiseln sind durch die Erschießung aus nächster Nähe entstanden. Sie wurden mit dem Gesicht gegen die Wand gestellt; betrunken gemachte Russen haben mitgewirkt. Die Leichen wurden ausgezogen, beraubt und geschändet, aber nicht verstümmelt. Die Ermordeten sind anscheinend gar keine richtigen Geiseln, sondern gehören zu den vielen, die, wie der unglückliche Kunstmaler Berger, nur wegen einer Bemerkung auf der Straße verhaftet wurden.

Eine bayerische Stimme über die Preußenhilfe.

Die „Augsburger Postzeitung", das führende Organ der bayerischen Volkspartei, führt in einer Betrachtung über die Lage in München und über das Verhältnis Bayerns zu Preußen und Norddeutschland u. a. aus: Wir haben stets die Selbständigkeit Bayerns nach Kräften verfochten. Wir werden auch für die Zukunft zu retten suchen, was zu retten ist. Aber wir lehnen Stammeshaß energisch ab. Das Deutsche Reich soll eine Familie sein, in der jeder die Rechte des anderen achtet, jeder den andern auch liebt, jeder dem anderen hilft. In diesen Tagen haben die anderen deutschen Stämme uns geholfen. Hätte Bayern allein das Werk der Befreiung Münchens vollbringen müssen, so wäre die Hilfe noch lange ausgeblieben und für viele zu spät gekommen. Es handelt sich darum, uns den Weg zum übrigen Bayern, zum Reich und zur Welt wieder zu öffnen, uns vor dem Verhungern zu bewahren. Dazu haben die nichtbayerischen Truppen beigetragen, sie haben mutig ihr Leben in die Schanze geschlagen und mancher hat den Tod gefunden. Das fordert herzlichen Dank, den nur unanständige Menschen ihnen vorenthalten könnten. Wir lassen uns nicht gegen deutsche Brüder verhetzen, wir würden sonst zum Undank eine Kapitaldummheit fügen.

Schlußkämpfe in München.

Wtb. München, 5. Mai. Am Sonntag nachmittag setzte wieder heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer ein. Der Kampf war sehr hartnäckig. Schließlich gelang es den Regierungstruppen, die Spartakistennester auszuheben. Im gerichtlich-medizinischen Institut und in den einzelnen Friedhöfen lagen bis zum Montag etwa 250 Tote. Toller soll bei den Kämpfen gefallen sein, Landauer wurde in der Wohnung der Frau Eichhorn verhaftet, nach umlaufenden Meldungen wurde er beim Transport erschossen, weil er die Begleitsoldaten gegen ihre Führer aufzureizen versuchte. Der Spartakistenführer Hausmann

wurde erschossen. Von Nissen, Levine und Dr. Levin fehlt noch jede Spur. Am Sonntag ist der Redakteur der Münchener Roten Fahne verhaftet und standrechtlich erschossen worden.

Die Münchener Lebensmittelversorgung war infolge der Kommunistenwirtschaft in der abgelaufenen Woche die denkbar schlechteste. Die Münchener Zeitung ist zu der Erklärung ermächtigt, daß sowohl die öffentlichen wie die geschlossenen Depots bei den Münchener Banken unversehrt geblieben seien. Die Nachricht, daß aktive bayerische Offiziere in den Reihen der Spartakisten mitkämpften, entbehrt jeder Begründung.

Wtb. Bamberg, 5. Mai. Die Mitteilung, daß Hauptmann Zwehl ein Führer der Spartakisten in München sei, hat sich als falsch herausgestellt. Die Spartakisten Kroner und Nagler wurden verhaftet, letzterer wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.

Wtb. Bamberg, 5. Mai. Abgesehen von einigen Schießereien herrscht in München Ruhe. Sontheimer wurde verhaftet und bei einem Fluchtversuch erschossen. Alle Zeitungen erscheinen wieder ausgenommen die Rote Fahne und die Kommunistenblätter.

Wtb. München, 5. Mai. Die bayerische Regierung dürfte laut „Staatszeitung" noch einige Zeit in Bamberg verbleiben, wo wohl auch in absehbarer Zeit der Landtag zusammentreten wird. Das Militärministerium soll in aller Kürze nach München zurückkehren.

Berlin, 5. Mai. Wie der Lokalanzeiger meldet, durchfahren zahlreiche bewaffnete Automobile mit flüchtenden Spartakisten aus München das südbayerische Gebiet in der Richtung Braunstein-Reichenhall. Längs der deutsch-österreichischen Grenze sind starke Sicherheitswachen eingetroffen, um die Kommunisten aufzuhalten. In mehreren Ortschaften des Voralpengebiets haben spartakistische Räuberbanden Bauernhöfe angegriffen und ausgeplündert. Der Schriftleiter der Münchener Roten Fahne, der Kommunist Mai-Günter, der noch zuletzt Polizeipräsident war, ist standrechtlich erschossen worden. Dr. Merkle vom Ministerium des Auswärtigen, der schon Eisners Revolutionsgehilfe war, ist verhaftet worden. Auf den Münchener Friedhöfen lagen am Sonnabend abend bereits 179 Tote aus den Straßenkämpfen und standrechtlich Erschossene.

Aus der Mittwoch-Sitzung im Trianon-Palast.

WTB. Paris, 6. Mai. Amtlich. Wilson, Lloyd George und Clémenceau versammelten sich am Montag nachmittag, um über die im Trianon-Palast zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen.

Zu der Mittwoch-Sitzung, in der der Präliminar-Friedensvertrag der deutschen Delegation überreicht werden wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Brasiliens, Griechenlands, Portugals, Rumäniens, Serbiens und der tschechisch-slowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß die Vertreter der Presse zugelassen werden in einer Gesamtzahl von 30 für die Großmächte und die Dominions und 10 für die Mächte mit besonderen Interessen.

Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungskorrespondenten, vertreten sein.

Vorkehrungen für die Ueberreichung des Friedensvertrages.

WTB. Versailles, 6. Mai. Ueber die Vorkehrungen für die Ueberreichung des Friedensvertrages berichtet die französische Presse folgende Einzelheiten:

Gemäß den von Clémenceau, Wilson und Lloyd George gestern in Versailles persönlich getroffenen Maßnahmen wurde ein großer hufeisenförmiger Tisch aufgestellt, an dessen Kopfseite Clémenceau mit Lloyd George zur Rechten und Wilson zur Linken Platz nehmen wird. An der rechten Längsseite werden die französischen Vertreter und Foch, ferner die englischen, italienischen, belgischen, brasilianischen und portugiesischen, an der linken Längsseite die Amerikaner, die Vertreter der englischen Dominions, die Japaner, Rumänen, Polen und Tschecho-Slowaken sitzen.

Der Kopfseite gegenüber wird ein besonderer Tisch für die deutschen Abgeordneten und dahinter ein Tisch für die Sekretäre, Stenographen, Dolmetscher aufgestellt. Weiter dahinter ist der Platz für die Journalisten aller Nationen.

Die Feierlichkeit selbst soll, laut „Echo de Paris", ziemlich kurz sein. Um 3 Uhr müssen die Vertreter der Alliierten an ihren Plätzen sein. Sodann wird Oberst Henry die deutschen Bevollmächtigten einführen. Clémenceau wird als Vorsitzender der Konferenz der deutschen Abordnung das Friedensinstrument persönlich überreichen. Vorher wird Clémenceau namens der Alliierten und Associierten eine Ansprache halten, die etwa zehn Minuten dauern dürfte. Seine Rede wird im Gegensatz zu den diplomatischen Gebräuchen dem Grafen Brockdorff im voraus nicht mitgeteilt werden. Ob Graf Brockdorff antworten werde, sei noch ungewiß. Die Eröffnungssitzung werde sodann nach einer Dauer von zwanzig Minuten geschlossen werden.

Ferner will „Echo de Paris" erfahren haben, die Deutschen hätten eine Frist von vierzehn Tagen, um schriftliche Bemerkungen vorzubringen, sodaß man ihre Gegenvorschläge vor dem 22. Mai erwarten dürfte. Man werde den Deutschen kein Hindernis in den Weg legen, falls sie Sendboten an die Regierung in Berlin zur Prüfung des Vertrages schicken wollten.

Die Unterzeichnung des Vertrages sei zwischen dem 3. und 5. Juni zu gewärtigen.

Text des Präliminarfriedens.

WTB. Paris, 6. Mai. Der Text des Präliminarfriedens für Deutschland wurde in einer Geheimsitzung heute nachmittag 2 Uhr den Delegierten der mit Deutschland im Kriege befindlichen alliierten Mächte mitgeteilt.

Tagung des Friedensausschusses.

WTB. Berlin, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses im Reichsfinanzministerium verlas Präsident Fehrenbach Telegramme, in denen die Mitglieder der Nationalversammlung gegen die Verlegung der Versammlung nach Berlin Verwahrung einlegten.

Ministerpräsident Scheidemann hob hervor, daß eine Anfrage an die Alliierten, wann die Uebergabe der Bedingungen stattfinden solle, ergangen sei, weil die Fachminister dringend in Berlin benötigt werden. Auf eine Anfrage stellte Reichsminister Erzberger fest, daß die Regierung einstweilen keinen Grund habe, an der feierlichen Erklärung von französischer und polnischer Seite, daß Angriffsabsichten der Polen nicht bestünden, zu zweifeln. Abg. Traub antwortete dem Reichsminister Erzberger, daß auch die für die Rückführung der Kriegsgefangenen notwendigen technischen Vorbereitungen getroffen worden seien.

Reichswehrminister Noske schilderte dann die Lage in Lettland. Die Reichsregierung hat beim Eingang des Waffenstillstandes ausdrücklich ihr Desinteressement an den Gebieten jenseits der östlichen Reichsgrenze erklärt. Der Minister teilte mit, der Befehl des Generals v. d. Goltz, der darauf hinwies, daß sämtliche in Lettland stehenden Truppenteile, auch die lettischen und baltischen, ihm unterstellt seien, ist erst nach dem Putsch gegen die lettische Regierung erfolgt und beabsichtigte, derartige Vorkommnisse zu verhindern. Sowohl die alte, wie die neue Regierung, und ebenso die lettischen Sozialdemokraten hätten an den General das ausdrückliche Ersuchen gerichtet, die deutschen Truppen nicht zurückzuziehen, da sonst die erforderliche Sicherheit gegen räuberische Horden nicht gegeben sei. Selbstverständlich herrsche im Kabinett vollste Uebereinstimmung darüber, daß sobald wie irgend möglich der letzte deutsche Soldat über die Reichsgrenze zurückgenommen werden müsse.

Abg. Cohn-Nordhausen drängte darauf, daß unverzüglich noch vor Beginn der Friedensverhandlungen, die deutschen Truppen über die Landesgrenze zurückgenommen werden möchten. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag.

WTB. Berlin, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Friedensausschusses betonten die Redner aller Parteien die Notwendigkeit, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Reichsminister Erzberger verwies darauf, daß das Kabinett ebenfalls auf dem Standpunkte stehe, daß es mit Rußland zu einer Waffenruhe kommen müsse, die notwendigen Schritte würden unternommen werden. Reichsminister Erzberger teilte ferner mit, daß der Gouverneur von der Goltz auf dem Wege nach Berlin sei, um der Regierung Bericht über die Vorgänge in Lettland zu erstatten. Die Regierung ist entschlossen, Werbeinserate für die baltische Landeswehr nicht mehr zu gestatten. Unterstaatssekretär Freiherr von Langwerth-Simmern wies darauf hin, daß das Auswärtige Amt die Vorfälle in Libau in höchstem Maße bedauert habe. Ein Vertreter sei sofort dorthin geschickt worden, um eine Untersuchung die noch nicht abgeschlossen sei, zu führen.

Privattelegramm. Berlin 7. Mai. Die Blätter begrüßen die Mitteilungen, die in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung dahin gemacht worden sind, daß es nötig sei, die Fesseln zu lösen, die bisher unseren Außenhandel behinderten. Das Kabinett habe beschlossen, einen Reichs-Kommissarrat für die Belebung der Ausfuhr und für die Beschaffung von Waren für den Absatz im Ausland zu errichten.

Im Vorwärts wird es begrüßt, daß die gestrige Sitzung des Friedensausschuß sich für die Notwendigkeit der Wiederanknüpfung zunächst wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland ausgesprochen hat. Die Redner aller Parteien waren darin einig gewesen, auf die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zunächst im Handelsverkehr und wenn möglich einer Waffenruhe hinzuwirken. Der Vorwärts sagt, wir wollen keine Verbrüderung mit den Bolschewisten, sondern ein freundschaftliches, auf gegenseitiger wirtschaftlicher Befruchtung beruhendes Verhältnis mit Rußland. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß damit ein hoher Nutzen sowohl für das deutsche, als auch für das russische Volk erzielt werden könne.

WTB. Berlin, 6. Mai. Da für die Verbindung der Friedensdelegation von Versailles mit Berlin nur zwei Drahtleitungen über Spaa zur Verfügung stehen, die zeitweilig beide völlig versagen, ist nunmehr funkentelegraphische Verbindung zwischen den Funkstationen Nauen und Eifelturm eröffnet worden. Zur Beschleunigung des Verkehrs ist die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen durch einen direkten Draht mit der Funkstation Nauen und die deutsche Delegation in Versailles in derselben Weise mit dem Eifelturm verbunden. Außerdem sind das Quartier der letzteren, ebenso wie die genannte Geschäftsstelle in Berlin mit einer Empfangsstation versehen, sodaß die von unseren Großstationen kommenden Funksprüche auch direkt aufgenommen werden können.

Beschwerde der Ukraine über die Armee Haller.

Anläßlich des Auftretens von Abteilungen der Armee des Generals Haller bei Lemberg hat der Gesandte der ukrainischen Volksrepublik in Deutschland, Nykala Porsch, laut „Tägl. Rundschau" an den Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Berlin, General Dupont, folgende Note gerichtet:

Der Gesandtschaft der ukrainischen Volksrepublik in Deutschland sind aus zuverlässigen Quellen Nachrichten zugegangen, daß ein Teil der Armee des Generals Haller sich in der Richtung nach Lemberg bewegt mit dem Zwecke, die dort gegen die Ukrainer stehenden polnischen Truppenkontingente zu verstärken.

Laut Abkommen mit den deutschen Vertretern haben indes die alliierten Mächte durch die Heimbeförderung der obengenannten Truppen den Zweck verfolgt, den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen, sowie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in Posen zu wahren. Außerdem sind die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und den Ukrainern noch nicht abgebrochen, vielmehr werden dieselben zurzeit in Paris weitergeführt, wo die nationalen Bestrebungen und Differenzen zwischen Polen und Ukrainern von den Vertretern der alliierten und kostet. Die Nervosität wird bis zum Siedepunkt erhitzt.

Der gestrige Schritt des Grafen Brockdorff-Rantzau war unbedingt notwendig um der Verschleppungspolitik des Verbandes ein Ende zu machen. Heute bezeugen das selbst ausgesprochene Regierungsblätter, die den sofortigen Abschluß des Vorfriedens verlangen. Das Ergebnis der Tendenz der letzten Tage ist, daß Frankreich außerordentlich moralisch und diplomatisch geschwächt an den Verhandlungen teilnehmen kann.

Ueberreichung der Friedensbedingungen am 7. Mai.

Wtb. Versailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Abordnung, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch, dem 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianon-Palasthotel stattfinden werde.

Politische Hochspannung in Paris.

Versailles, 5. Mai. Die französische Einladung an Italien ist erfolgt. Die Konferenzen zwischen Orlando und Sonnino mit dem französischen Botschafter haben ergeben, daß Orlando nur nach bedingsloser Anerkennung der italienischen Forderungen der Einladung folgen wird. Die öffentliche Meinung in Italien, Frankreich und Belgien ist aufs äußerste erregt. Die Pariser Presse ist entsetzt über die Folgen eines Fortbleibens Italiens und Belgiens von der Friedenskonferenz. Die Blätter fordern gebieterisch von der französischen Regierung ein sofortiges Nachgeben. Sie malen die Möglichkeit einer deutsch-italienischen Annäherung zum Schaden Frankreichs und die Gefährdung des Friedens in ganz Europa in den schwärzesten Farben. Der „Matin" berichtet, daß jeder Tag Frankreich 53 Millionen assoziierten Mächte endgültig geregelt werden sollen. Das Erscheinen der Truppen des Generals Haller bei Lemberg dürfte unumgänglich neue Annexionen ukrainischer Gebiete durch die Polen, sowie neue Gewaltakte gegen das ukrainische Volk zur Folge haben und wird der Roten Armee der Sowjetregierung das Vordringen in weitem Umfange ermöglichen. Auf diese Weise wird die von den alliierten Mächten unterstützte Armee des Generals Haller im Augenblicke großer Siege der ukrainischen Armee gegen die Bolschewiki, nach der Befreiung Kiews von der bolschewistischen Gewalt, die ukrainische Front schwächen und den Bolschewisten zum Wiedergewinne der verlorenen Stellungen verhelfen.

Die Gesandtschaft der ukrainischen Volksrepublik legt gegen dieses Vorgehen der Polen energischen Protest ein.

Gesetzentwurf über die Betriebsräte fertiggestellt.

Wtb. Berlin, 6. Mai. Im Reichsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte fertiggestellt worden. Die Betriebsräte sollen an Stelle der Arbeiter und Angestelltenausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt. Der Entwurf wird in der nächsten Woche mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Griechische Beschuldigungen gegen Italien und Bulgarien.

Genf, 5. Mai. Das offizielle Organ der griechischen Regierung, die „Agence d'Athènes", macht aufsehenerregende Mitteilungen über ein geheimes bulgarisch-italienisches Abkommen, das sich unter Verletzung des Waffenstillstandes gegen Griechenland und die Südslawen richtet. Die „Agence d'Athènes" erklärt, daß von italienischer Seite Munition nach Bulgarien gebracht worden sei, und daß bulgarische Truppen mit Billigung Italiens in Widerspruch zu den Bestimmungen des Waffenstillstandes auf griechisches Gebiet vorgerückt sind. Desgleichen habe die bulgarische Regierung unter stillschweigender Billigung Italiens eine große Anzahl Geschütze und Maschinengewehre, die sie in Saloniki abliefern sollte, in Sofia zurückbehalten.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs verboten?

Versailles, 6. Mai. Auf die klare, unzweideutige Anfrage unserer Bevollmächtigten konnte die Entente wie die „Post" berichtet nur ebensolche Antwort erteilen. Die gestern mittag 3 Uhr von Oberst Henri übermittelte Nachricht, daß Mittwoch die Uebergabe des Vorfriedensvertrages stattfinden wird, macht der für die Entente und für uns unhaltbar gewordenen Lage ein Ende. Mit dieser bindenden Zusage brauchen die sonst unvermeidlich gewesenen Konsequenzen unserseits nicht gezogen zu werden.

Ueber den Inhalt des Vorfriedensvertrages ist selbstverständlich bis zur Stunde noch nichts bestimmtes bekannt. Wie ich aber beinahe versichern kann, wird der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik verboten, die Auslieferung der sogenannten Schuldigen verlangt und der Begriff Wiedergutmachung (Ersatz aller in Frankreich und Belgien entstandenen direkten und indirekten Schaden) gefordert.

Ueberhaupt hat das „Journal de Genève" mit seinen vor drei Wochen veröffentlichten Friedensbedingungen so ziemlich recht behalten. Diesen unannehmbaren Forderungen werden wir konkrete Gegenvorschläge entgegenstellen, überhaupt das bei der ersten Begegnung betonte Prinzip der Gleichberechtigung fürderhin zur Grundlage aller Verhandlungen machen. Von diesem Wege werden uns die Drohungen der feindlichen Presse und auch das Säbelrasseln des Marschalls Foch nicht abbringen. Die Welt braucht Frieden. Die Entente vor allem und Frankreich nicht minder als wir.

Ein Ultimatum Japans?

Versailles, 5. Mai. „Chikago Tribune" meldet aus erster Quelle, daß Japan Clemenceau und Lloyd George ein energisches Ultimatum überreicht hat, in dem verlangt wird, daß der Geheimvertrag, der den Besitz Schantungs Japan garantiert, unter allen Umständen respektiert werde, selbst wenn dadurch ein Bruch zwischen Frankreich, England und Wilson entstehen sollte.

Gegen die Gewaltpolitik unserer Feinde.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat auf die vom Vorstand des Schlesischen Städtetages übersandte Protestkundgebung gegen die Gewaltpolitik unserer Feinde folgendes geantwortet:

Dem Vorstand des Schlesischen Städtetages spreche ich für die dem Auswärtigen Amt unter dem 27. März brieflich übersandte Protestkundgebung gegen die Gewaltpolitik unserer Feinde den verbindlichsten Dank aus. Ich bitte versichert zu sein, daß die Reichsregierung nach wie vor ausschließlich die von ihr angenommenen 14 Punkte des Wilsonschen Programms als Grundlage für die Friedensverhandlungen anerkennt und jeden Versuch einer Vergewaltigung deutscher Interessen und deutscher Rechte mit aller Bestimmtheit zurückweisen wird. Das Auswärtige Amt begrüßt deshalb die eingegangene Kundgebung mit Genugtuung, da unsere Unterhändler auf der Friedenskonferenz nur dann

Aussicht haben, ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden, wenn sie den Nachweis zu erbringen vermögen, daß die berechtigten Ansprüche der Reichsregierung vom unerschütterlichen Willen des gesamten deutschen Volkes getragen werden.

Die Haller'sche Armee in Posen.

Berlin, 5. Mai. Der „Tag" entnimmt einem Briefe aus der Ostmark interessante Mitteilungen über die Hallersche Armee in Posen. Es heißt da: Die Armee besteht nach zuverlässigen Mitteilungen von polnischer Seite aus fast 80 000 Mann. Der größte Teil sind Polen, die sich als Freiwillige bei Bildung der Armee gemeldet haben, aber viele Tausende dieser polnischen Mannschaften und die meisten Offiziere verstehen kein Wort polnisch. Etwa 4000 Mann sind russische Untertanen, aus Galizien stammen etwa 12 000 Mann, und von den in Italien lebenden Polen ist ein sogenanntes italienisches Bataillon gebildet worden. Die Desertionen namentlich preußischer Polen, die nach 4½jähriger Abwesenheit auf diesem Wege in die Heimat gelangt sind, sind auf der Tagesordnung. Die Bekleidung der Leute ist feldgrau nach französischem Schnitt, hinzu tritt die viereckige Mütze. Die Bewaffnung ist nach jeder Richtung gut. Geschütze aller Kaliber, Flugzeuge, die alsbald in Tätigkeit gesetzt wurden, Lastautos, sogar Tanks und Panzerzüge sind angekommen. Die Geschütze sind französischen Ursprungs.

In Posen-Stadt ist ein Teil des Stabes der Hallerschen Armee, französische, amerikanische, englische und belgische Offiziere und 2000 Mann, untergebracht. Ebenso sind in Gnesen, Hohensalza, Ostrowo und Krotoschin mehrere tausend Mann einquartiert worden. In Posen und Gnesen sind von der Hallerschen Armee mitgebrachte Waffen- und Munitionstransporte zur Verfügung an der deutsch-polnischen Kampffront angekommen. Bereits am 23. April und den folgenden Tagen sind etwa 11—12000 Mann der Hallerschen Armee von Posen in der Richtung nach dem Netzeabschnitt abgegangen, von denen ein Teil an die Front in der Gegend von Argenau, Hohensalza-Bromberg-Nakel geworfen, der andere in dahinter liegende Ortschaften, darunter in die Städte Bartschin, Schubin und Exin gelegt worden ist. Auch schwere Geschütze sind in dem Abschnitt in Stellung gebracht worden. In Hohensalza sind mehrere Waggons mit Waffen und Munition, vier Waggons mit Maschinengewehren und Minenwerfern, 7 Krankenwagen mit Schwestern und Aerzten eingetroffen. Auch die tortige polnische Bevölkerung ist bewaffnet worden, ebenso haben im Abschnitt Filehne beträchtliche Truppenansammlungen stattgefunden. Gegenwärtig halten die Polen auch eine besondere Musterung der wehrfähigen Deutschen ab, die man wahrscheinlich nach der erwarteten Unabhängigkeits-Erklärung der Provinz in die polnische Armee einstellen wird.

Die in diesem Briefe enthaltenen Angaben entstammen, nach Versicherung des „Tag" durchaus zuverlässigen Quellen. Sie stehen im schreienden Widerspruch zu den Mitteilungen, die General Henrys dem General Dupont gemacht hat und die von diesem an den Minister Erzberger weitergegeben worden sind.

Einzelfragen des Friedensvertrages.

Paris, 5. Mai. Die drei Regierungshäupter haben beschlossen, Deutschland im Friedensvertrag in aller Form die Angliederung Oesterreichs zu untersagen, das eine neutrale Republik werden soll. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest werden für ungültig erklärt. Gegenüber Rußland wird das Recht auf Ersatz für den bei Kriegsbeginn angerichteten Schaden grundsätzlich anerkannt.

Wer bezahlt die Kosten für den verlängerten Aufenthalt in Versailles?

Versailles, 5. Mai. Wenn das Pariser Blatt „L'Heure" fragt, wer eigentlich die Rechnung für den Aufenthalt der deutschen Delegation bezahle, der nebenbei gesagt bei den hier angesetzten Phantasiepreisen täglich 50000 Mark erfordert, so kann das Pariser Blatt zur Kenntnis nehmen, daß die Kosten zwar von deutscher Seite getragen werden, dem Verbande jedoch die infolge seiner Verschleppungspolitik entstehenden Kosten der ersten Wartewoche unterbreitet werden.

Auflösung der Spandauer Werkstätten.

Ueber das Schicksal der Spandauer Heereswerkstätten ist nun die endgültige Entscheidung gefällt worden. In den letzten Tagen haben Besprechungen zwischen dem Reichswehrminister Noske, Reichsfinanzminister Dernburg, Reichsschatzminister Gothein und Vertretern der Groß-Industrie stattgefunden. Das Resultat dieser Verhandlungen war, daß ein Weiterbestehen der Spandauer Heereswerkstätten auf der bisherigen Grundlage unmöglich sei. Die von der Prüfungskommission vorgelegten Berichte boten keine Gewähr dafür, daß die Betriebe nach ihrer Umstellung nur die Selbstkosten, geschweige denn Ueberschüsse aufbringen würden. Infolgedessen wurde der Beschluß gefaßt, die Spandauer Heereswerkstätten am Montag, dem 5. Mai, zu schließen und sämtliche Arbeiter zu entlassen. Ein Teil der Werke wird am 26. dieses Monats wieder eröffnet, jedoch nur mit den Arbeitern, welche bereits vor Kriegsausbruch in den Heereswerkstätten tätig gewesen sind.

Die Funktionäre der Spandauer Staatsarbeiter, die Obmänner und Arbeiterräte traten Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Beirats bei der Generaldirektion Doms zusammen, um gegen die Schließung der Werke Stellung zu nehmen. Die Arbeiter fordern anstatt der sofortigen Kündigung Entlassung nach den Bestimmungen des Demobilmachungskommissars. Sollten sich nicht genügend Aufträge schaffen lassen, um die Werke im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, so möge die Generaldirektion eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen.

Auch die Angestellten der Betriebe führen Klage darüber, daß ihre Kündigungszeit nicht innegehalten werde und haben das Kaufmannsgericht angerufen, um in dieser Frage eine prinzipielle Entscheidung zu erlangen.

Hinter Stacheldraht.

Versailles, 5. Mai. Die Franzosen haben um den Aufenthaltsort der deutschen Abordnung einen Drahtverhau anlegen lassen. Die Deutschen sitzen dort wie gefährliche Gefangene und nicht wie eine zu achtende diplomatische Kommission. Die deutsche Abordnung hat gegen diese unwürdige Behandlung protestiert. Hierzu bemerkt der „Vorwärts":

Wenn die Antwort auf die Anfrage Brockdorff-Rantzaus nicht befriedigend ausfällt werden ohne Zweifel die deutschen Delegierten mit leeren Händen wieder heim fahren. Der Friedensschluß wird dadurch aufs neue hinausgeschoben, denn eine unbefriedigende Antwort bedeutet das Geständnis, das allerernsteste Schwierigkeiten bestehen, die in kurzer Zeit nicht überwunden werden können.

Die Kohlenförderung der Franzosen im Saargebiet.

= Versailles, 5. Mai. Die Franzosen fördern jetzt monatlich 200000 Tonnen Kohlen im Saargebiet aus der Thyssengrube. Auf eine Beschwerde wurde erklärt, daß 40 Mk. pro Tonne gutgeschrieben werden. Bis jetzt freilich ist eine Gutschriftanzeige nicht eingetroffen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Franzosen diese Kohlen in Frankreich mit 60 Fr. die Tonne in der Schweiz mit 110, in Elsaß-Lothringen mit 50 Fr. die Tonne verkaufen, wodurch Frankreich einen großen Zwischengewinn erzielt. Von deutscher Seite wurde Verwahrung eingelegt mit dem Verlangen, den französischen Verkaufspreis als Gegenwert für Lebensmittel gut zu schreiben. Es kommen vierteljährlich Beträge von 60 Millionen Fr. in Betracht.

Die Zukunft der Kolonien.

Bern 3. Mai. Eine der von Japan, Frankreich, den Vereinigten Staaten, England und Italien genehmigten Klauseln besagt, daß die Regierung, die ein Mandat dazu erhält, auf ehemaligen deutschen Gebieten alle nötigen Dispositionen treffen kann um die Deutschen in ihre Heimat zurückzubringen oder ihre dort angelegten Kapitalien zu liquidieren. Aus dieser Klausel geht hervor, daß sich eine deutsche Volksabstimmung nicht mit der endgültigen Entscheidung über die Kolonien zu beschäftigen hat.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

Zürich, 3. Mai. „Lyoner Nouvellste" berichtet, daß die Kriegsgefangenen erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages an Deutschland ausgeliefert werden sollen und zwar nach Maßnahmen der Bestimmungen des Beschlusses bezüglich der Stellung von Arbeitskräften zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs.

Ein Teewirtschaftsamt.

Hamburg, 3. Mai. Hier erfolgte die Gründung der vom Verband des deutschen Teehandels vorgeschlagenen Teewirtschaftsstelle, die am 15. Mai ihre Tätigkeit beginnt und der Reichsstelle für Kolonialwaren unterstellt wird. Die Teeeinfuhr wird den Teehändlern, die vor dem Kriege 5000 kg einführten, nach Maßnahmen der ihnen zugesagten Quantitäten gestattet, soweit die Deckung dafür im Auslande durch Kredite beschafft werden kann.

Der Tag des Mordes von Serajewo.

Wien, 3. Mai. Nach Meldungen südslawischer Blätter wurde der 28. Juni, der Tag des Doppelmordes von Serajewo, als allgemeiner Nationalfeiertag Südslaviens und der Tschecho-Slowakei ausgerufen.

Einspruch gegen den Zwang, die feindlichen Fahnen zu grüßen.

In der Sitzung vom 30. April erhob General v. Hammerstein Einspruch gegen einen Vorfall in Pirmasens, wo männliche Einwohner die französische Truppenfahne grüßen mußten, widrigenfalls ihnen der Hut vom Kopf geschlagen wurde. Der Gruß von Truppenfahnen durch Zivilisten sei in Deutschland nicht allgemein üblich. Wenn er aber auch üblich wäre, so bestände doch kein Anlaß für die Deutschen, feindliche Fahnen zu grüßen. Dieses Verlangen könne nur als beabsichtigte Demütigung einer wehrlosen Bevölkerung aufgefaßt werden. Er bitte um allgemeine Anordnung, die das weder durch Völkerrecht noch durch Waffenstillstandsvertrag irgendwie begründete Verlangen verbiete.

General Nudant bemerkte hierzu: „Diese Reklamation kann nicht angenommen werden, Wir gestatten nicht, daß Zuschauer die Kopfbedeckung aufbehalten, wenn unsere Fahnen vorbeiziehen. Bei uns in Frankreich nimmt jeder Mann den Hut ab, und die Frauen bekreuzen sich. Wer das nicht tun will, kann zu Hause bleiben und braucht sich diese Vorbeimärsche nicht anzusehen."

General v. Hammerstein erwiderte: „Diese Erklärung kann ich nicht annehmen. Das Verlangen bedeutet eine mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehende Vergewaltigung. Ich halte meinen Protest aufrecht."

Nudant: „Bitte schön (maintenez)."

Lokales.

?? Namslau, 7. Mai (Ungeschmälerte Erhaltung Schlesiens).

Auf die Kundgebung des Vorstandes des Schlesischen Städtetages für die ungeschmälerte Erhaltung der Provinz Schlesien beim preußischen Staatsgebiet ist von der preußischen Staatsregierung in Berlin folgende Antwort eingegangen: „Der Verband des Schlesischen Städtetages hat unter dem 27. März 1919 eine Kundgebung hierher gerichtet, welche für die ungeschmälerte Erhaltung der Provinz Schlesien eintritt. Der Städtetag forderte schärfste Maßnahmen gegen alle Loslösungsbestrebungen in Schlesien und gegen alle Gefahren, die der Provinz an ihren Heimatgrenzen drohen. Die preußische Staatsregierung weiß sich hierin eins mit dem Schlesischen Städtetage. Sie ist sich der Bedeutung Schlesiens für Staats- und Wirtschaftsleben voll bewußt, und hält es daher für ihre Pflicht, jederzeit mit allen Kräften für Erhaltung und Bestand der Provinz Schlesien mit ihrer unzweifelhaft deutschen Bevölkerung einzutreten. Die preußische Staatsregierung ist dem Schlesischen Städtetage für die Bekundung seiner vaterländischen Gesinnung dankbar und bittet ihn, sie auch fernerhin mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

= (Schuh- und Ledernot). Ueber die Aussichten unserer Schuh- und Lederversorgung wird der Neisser Zeitung berichtet, daß die aus den heimischen Schlachtungen gewonnenen Häute, die für die nächste Zukunft für die Inlandsversorgung zur Verfügung stehen, nur etwa 30 Prozent des Friedensverbrauches betragen, und daß sich aus diesen Mengen jährlich höchstens 30 Millionen Schuhe herstellen lassen. Diese Zahl würde lediglich genügen, um etwa die Hälfte unserer Bevölkerung mit einem Paar Schuhe im Jahre zu versorgen. Im Auslande befinden sich zwar große Mengen an fertigen Schuhwaren, jedoch kommt deren Einfuhr infolge des schlechten Standes unserer Valuta und da wir in erster Linie für die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande sorgen müssen, nicht in Frage.

= (Ausnahmen, betr. den Achtstunden-Arbeitstag). Die Handwerkskammer Breslau weist in ihrem Organ darauf hin, daß nach der Verordnung vom 7. Dezember v. Js. der Herr Regierungspräsident als Demobilmachungskommissar befugt ist, widerruflich weitgehende Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter zu erteilen, wenn diese Ausnahmen im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Durchführung der geordneten Demobilmachung, zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit oder zur Sicherung der Volksernährung dringend nötig werden. Die Anträge sind von den einzelnen Betrieben, nicht von den Innungen, an den Herrn Regierungspräsidenten unter Angabe der Gründe zu richten.

= (Getäuschte Raucherhoffnungen). Unter dieser Stichnote lesen wir im Oberschlesischen Kurier folgendes: Die Mindener Zentrale für Tabakfabriken teilt der „Deutschen Werkschafts-Korrespondenz" zufolge mit, daß mit einer Einfuhr von Zigarren in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

= Die Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Namslau, hatte am Sonntag den 4. d. Mts. zu einer Versammlung im Wittek'schen Gasthause eingeladen. Die zahlreich Versammelten folgten mit großem Interesse den Ansprachen der Redner und traten zum großen Teil der im Anschluß hieran gebildeten Ortsgruppe Schmograu bei. Als Vorstand wurden gewählt: Hegemeister Müller zum Vorsitzenden, Kaufmann Issländer zum Schriftführer und Stellenbesitz. Hadamzik zum Kassenführer.

In eigener Sache!

Motto: Who steals my purse, steals trash;
tis something, nothing;
Twas mine, tis his, and has been
slave to thousands;
But he that filches from me my
good name,
Robs me of that which not enriches
him
And makes me poor indeed.
(Othello by Shakespeare.)

In Nr. 50 des „Namslauer Stadtblattes" ist folgende Anzeige erschienen:

Der Artikel „Die höhere Knabenschule" im Stadtblatt Nr. 49 enthält eine pöbelhafte Anrempelung der Volksschullehrer. Da wir wissen, daß derselbe von dem sogenannten wissenschaftlichen Lehrer Bentel stammt, der hier lediglich um seine Existenz kämpft, erübrigt sich für uns eine Erörterung.

Wie ich erfahren habe, ist diese Anzeige auf Veranlassung des Herrn Lehrer **Julius Fuhrmann** aus Namslau erfolgt.

Es ist mir unverständlich, daß es ein Mann vom Stande des Herrn Fuhrmann, selbst wenn er sich angegriffen fühlen sollte, fertig bringt, in derart **beleidigender und ehrverletzender Form** öffentlich vorzugehen. **Ich überlasse es dem Urteile der Oeffentlichkeit zu entscheiden, wie diese Handlungsweise des Herrn Fuhrmann zu bewerten ist.**

Walther Bentel.
Wissenschaftlicher Lehrer.
Namslau, Schützenstr. 5.

Provinzielles.

Breslau. Das bekannte und beliebte Lobich Theater ist, wie verlautet, von der Firma Voß u. Komp., Berlin käuflich erworben worden. Das Theater wird eine bedeutende Vergrößerung durch Umbauten erfahren. Bis zum 1. September d. Js. soll alles fertiggestellt sein. — In das Seiden- und Spitzengeschäft von Paul Klamt, Junkernstraße, wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruch verübt und für etwa 30 000 M. Seidenstoffe gestohlen.

Oels. Bei der Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten entfielen auf die vereinigte Liste der demokratischen und sozialdemokratischen Partei vier Sitze und auf die Liste der Deutschnationalen und des Zentrums je ein Sitz. — Die Kreistagswahlen in den ländlichen Bezirken endeten bei sehr schwacher Beteiligung mit dem Siege der vereinigten bürgerlichen Listen, die 18 Kandidaten durchbrachten, gegen fünf, die auf die Sozialdemokraten entfielen.

Schweidnitz. Drei Einbrecher im Automobil wurden bei Ingramsdorf verhaftet, nachdem sie auf dem Dominium einen Bullen gestohlen, am Tatort geschlachtet und zerlegt hatten und eben mit dem erbeuteten Fleisch nach Breslau fahren wollten. Es waren ein Roßschlächter, ein Hetzer und ein Arbeiter.

Sagan. Hier hat sich die verwitwete Frau Berger mittels Leuchtgas vergiftet und ihr einziges Kind mit in den Tod genommen. Man weiß nicht, ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt.

Hoyerswerda. Der polnische Arbeiter Stanislaus Briesen tötete durch zwei Revolverschüsse die 40jährige ledige Helene Korschischnek aus Eutrich und beraubte sodann sein Opfer der Barschaft.

Lautahütte. Die schwarzen Pocken sind hier ausgebrochen.

Hindenburg. Die Plünderungen am Osterfeste haben der Stadt großen Schaden verursacht. Der bis jetzt angemeldete Schadenersatz macht 304 000 Mark aus.

Gieschegrube. Der Volksschüler Rybok wurde von einem Fuhrwerk überfahren und verstarb an den erlittenen Verletzungen. — Einer hiesigen Lehrerin wurden aus ihrer Wohnung Kleidungsstücke, Wäsche und Betten im Werte von 3000 Mark gestohlen.

Gefunden:
1 Damenhandtasche mit Inhalt.

Der Eigentümer hat sich zur Geltendmachung seiner Ansprüche binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Namslau, den 3. Mai 1919.

Die Polizei-Verwaltung.
Schulz.

Vielfachen Wünschen entsprechend findet am

Sonnabend, den 10. 5. 19, abends 8 Uhr bei Scharf

eine Wiederholung des

Gründungsfestes mit Theateraufführung

statt. Sämtliche Mitglieder mit ihren werten Angehörigen und Bekannten werden hierzu herzlichst eingeladen.

Sozialdemokratischer Verein Namslau.

Oeffentliche Versammlung

der freien Gewerkschaften fürs Bauhandwerk zu Namslau und Umgegend zum **Sonntag, den 11. Mai, nachm. 2 Uhr in Böhmwitz** im Gastlokale bei Herrn **Jakob.**

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der neuen Tarifverhandlungen für Namslau. Referent: Bezirksleiter H. Schmidt, Breslau.
2. Berufliche Angelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.

Alle Mann sind verpflichtet zu erscheinen, einer bringe den andern mit. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Einberufer: H. Schmidt.

Wegen Erhöhung sämtlicher Rohmaterialien sowie der Arbeitslöhne sieht sich die unterzeichnete Innung veranlaßt die

Preise um 50% vom heutigen Tage an zu erhöhen.

Sollten Verträge abgeschlossen sein, werden dieselben als hinfällig erklärt.

Die Tischler-Innung Reichthal,
4. Mai 1919.

Johannes Domina. H. Glatz. Alexander Mory.
Carl Jess. Rud. Kanzok. Josef Domina.
Albert Mohry. Constantin Quack.

Am **Sonnabend, den 10. Mai 1919, vormittags 10 Uhr,** findet **im Pferdelazarett Namslau** eine

öffentliche Versteigerung von 5 dienstunbrauchbaren Pferden

statt.

Göpelfundamente

aus Eisenbeton werden anstelle hölzerner Unterlagen angefertigt.

E. Kricke.

Arbeiter-Schlaf- und Pferdedecken

je nach Gewicht und Grösse

20,00 25,50 29,00

Albert Bielschowsky,

Tel. 240. **Namslau.** Ring 7.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer,** Breslau V, Schweidnitzer Stadtgraben 16 Tel. 6399.

Die von den städtischen Burgen

beantragten Brennhölzer

sind bis spätestens 15. d. Mts. an der Forstkasse abzusordern, widrigenfalls der Anspruch erlischt.

Die Forst-Deputation.

Jugendschriften

in großer Auswahl.

Opitz'sche Buchhandlg.

Männer-Turn-Verein.

Freitag, den 9. Mai, abends 8½ Uhr,

Wahl der Mitglieder zum Gautag

im Lokal bei Herrn **Lorenz.**

Der Vorstand.

Für die uns anläßlich unserer

Silberhochzeit

zugesandten Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank, da es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken.

Polkowitz, im Mai 1919.

Karl Löbner u. Frau.

Für die überaus herzliche Teilnahme bei dem so frühen Hinscheiden meiner lieben Frau, insbesondere für alle trostreichen Worte, die schönen Kranzspenden, das Grabgeleit sage ich auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank.

Namslau, im Mai 1919.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Franz Krowiorsch.

Ruchei Rudelli

mit seiner Illusionsgesellschaft trifft in nächsten Tagen hier ein.

Reichsware für Minderbemittelte.

Herrenanzüge, Kostümröcke, Arbeitshosen, Arbeitslitewken
sind bei mir zu haben.

Paul Spiegel, Reichthal.

Hochfeine Seradella letzter Ernte

offeriert zu billigsten Tagespreisen

Arthur Heydemann,

Namslau, Fernspr. 12.

---

6 Kriegsinvaliden
(Arm- oder Beinverluste)

werden sofort für ganz leichte Arbeit (Ziegelbrennen) eingestellt.

E. Kricke.

Haushälter

zur Ausspannung gesucht.

Tatschke,
Hotel zum Schwarzen Adler.

Frauen und Mädchen

können sich für leichte Arbeiten melden.

E. Kricke,
Ziegel- und Zementwaren.

Gastspiel
Breslauer Bühnenkünstler.

Wem gehört Helene?

Großstadtschwank in 3 Akten von Ewers.

Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr im Saale von Scharfs Gasthaus.

Vorverkauf bei **Mummert und Heilmann.**
Preise der Plätze im Vorverkauf: **Sperrsitz 2,— M. 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1,— M.** An der Abendkasse 25 Pfg. mehr.
Bis jetzt 200 Aufführungen am Hebbel-Theater in Berlin.

Grimm's Hotel.

Donnerstag, den 8. Mai, 8 Uhr abends,

Militär-Streich-Konzert

ausgeführt von der

Regiments-Kapelle Grenadier-Regts. 7 aus Liegnitz.

Eintritt 1 Mark.

Reichthal.

Sonntag, den 11. Mai

Militär-Konzert

ausgeführt von der

Regimentsmusik Detachement Lierau, z. Zt. Kempen,
unter persönlicher Leitung des Musikmeisters Herrn **A. Hubrich.**

Anfang 4 Uhr.

Nach dem Konzert:

Tanz-Kränzchen.

J. R. Marck.

Wer heiraten will, bestelle gegen Einf. von 30 Pfg. den **Schlesischen Heiratsanzeiger in Neurodei Schl**

Nehme für diesen Sonntag noch

Musik

an. **Becker,** Kirchstr. 19

Bedeutende Firma liefert stark begehrte gesuchte Waren für den täglichen Bedarf

und bieten sich höchste Verdienstmöglichkeiten routinierten Reisenden und Händlern, die noch unsere Vertretung übernehmen. Zuschriften unter **B. B. 1708** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Eine dreiflammige

Bronze-Gaskrone

(Stehlicht) verkauft **M. Gottheiner,** Ring

Kleine landwirtschaftliche

Maschinenschlosserei

gesucht. Off. an die Exp. d. Ztg.

Leere Kisten

in verschiedenen Größen stehen preiswert zum Verkauf.

Max Jung,
Zigarrengesch. Ring 18.

Zitronen

empfiehlt **Fritz Melzer.**

Gebrauchte

Warenkisten

in verschiedenen Größen verkauft

Buchdruckerei O. Opitz.

---

25 bis 30000 M.

auf gute Hypothek gesucht durch **Rieger,** Namslau.

Ich habe noch eine Partie

Kautabak

hergestellt aus nur garant. reinem Tabak gut durchgebeizte, saftige Ware und versende solchen solange der Vorrat reicht an Grossisten, Händler und Wiederverkäufer.

Original-Probepostkolli enthaltend 100 Rollen für Mk. 85.—

Emballage frei gegen vorherige Einsendung des Betrages.

Versandgeschäft

F. Stüwe, Dortmund.

Ein Schuhmacher-Gehilfe

kann sich sofort melden bei **R. Robotta.**

Jüng. ord. Mädchen

für sofort oder später gesucht.

Ichmann,
Schützenstr. 1, I. Etg.

Suche zum baldigen Antritt oder später eine erfahrene

Köchin,

der es an einer dauernden Stellung gelegen ist, bei gutem Lohn. Anfragen mit Gehaltsansprüchen an **Robert Salomon,** Kreuzburg O.-S.

Saubere, ehrliche

Bedienung

zum 1. Mai gesucht:

Joseph Beck, Uhrmacher.

2-Zimmer-Wohnung

am Ring oder Nähe zum 1. Juli bezw. später zu mieten gesucht. Offerten unter **H. B.** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.